



1. Europäisches Parlament (EP)

1.1. EP verabschiedet Bericht zur Europäischen Verteidigungsunion

Im Bericht zur Europäischen Verteidigungsunion, der am 22. November 2016 vom Europäischen Parlament in Straßburg angenommen wurde, wird gefordert, die EU müsse ihre Verteidigungspolitik überdenken. Die aktuelle Situation, mit zunehmenden Herausforderungen in der Sicherheitspolitik, macht dies umso relevanter. Die EU-Maßnahmen im Bereich der Verteidigung müssten deutlich stärker vorangetrieben und mit politischem Willen verbunden werden. Der politische Wille sei nötig, um das Potential der Verträge voll ausschöpfen zu können. Die bestehenden unkoordinierten militärischen Kooperationsinseln können im Rahmen der „Ständigen Strukturierten Zusammenarbeit“ besser aufeinander abgestimmt werden. Darüber hinaus können EU Verfahren und EU Finanzierung für den Friedensbetrieb der Streitkräfte nutzbar gemacht werden. Beispielsweise könnte die EU den gemeinsamen Friedensbetrieb der Streitkräfte für Trainings-, Ausbildungs- oder Infrastrukturmaßnahmen finanzieren.

Die zukünftige gemeinsame Politik sollte an eine gründlich überarbeitete „Gemeinsamen Verteidigungs- und Sicherheitspolitik“ (GSVP) anknüpfen und sich auf starken Verteidigungsprinzipien, effizienter Finanzierung sowie der Koordinierung mit der NATO begründen. Um das endgültige Ziel zu erreichen, soll die GSVP über das externe Krisenmanagement hinausgehen und den gesamten Bereich der Freiheit, Sicherheit und Gerechtigkeit abdecken sowie es der EU ermöglichen, in allen Konfliktphasen präsent zu sein.

Der Bericht hebt außerdem die Relevanz eines europäischen Weißbuches zur Sicherheit und Verteidigung hervor. Dieses könnte die Sicherheits- und Verteidigungsstrategie sowie die nötigen Fähigkeiten und deren Bereitstellung zusammenführen. Das Weißbuch muss das Ziel verfolgen, den Weg hin zu einer Europäischen Verteidigungsunion zu beschreiben. Die Erarbeitung des Weißbuches soll in einem breiten politischen Prozess stattfinden, bei dem neben Europäischen Parlament und nationalen Parlamenten auch internationale Partner, wie die NATO, einbezogen werden sollen. Im Idealfall wird noch in dieser Legislaturperiode ein EU Weißbuch verabschiedet, um ab Beginn des nächsten mehrjährigen Finanzrahmens ab 2021 eine vollumfassende EU Verteidigungsunion zu etablieren.

Der Berichterstatter war Urmars Paet, ALDE, und Michael Gahler, sicherheitspolitischer Sprecher der EVP-Fraktion, übernahm die Funktion des EVP-Schattenberichterstatters.

1.2. Zur Plenarabstimmung im Europäischen Parlament über die Europäische Verteidigungsunion am 22. November sagte Michael Gahler (CDU), EVP-Schattenberichterstatter und sicherheitspolitischer Sprecher der EVP-Fraktion:

"Der Vorwurf, dass sich Europa in der Sicherheits- und Verteidigungspolitik häufig weg duckt, ist leider nicht von der Hand zu weisen. Doch werden die Amerikaner nicht auf Dauer für die Sicherheit Europas sorgen. Die Mitgliedstaaten müssen endlich damit beginnen, ihre militärischen Fähigkeiten auch mit Hilfe der EU für militärische Einsätze im Rahmen von UN, EU, NATO oder Koalitionen der Willigen zu verbessern. Die EU hat

jetzt nicht nur die Chance, sondern die Verantwortung sich selbst um ihre eigene Sicherheit zu kümmern und künftig für die nötige Stabilität in der Welt zu sorgen. Daher ist es umso wichtiger, dass wir uns in Europa gut aufstellen, einen neuen Anlauf für eine Verteidigungsunion unternehmen und das Geld für die Sicherheit Europas endlich sinnvoll ausgeben. Darüber hinaus kann der EU-Haushalt einen europäischen Mehrwert erbringen, den Friedensbetrieb gemeinsamer Streitkräfte oder Verteidigungsforschung zu finanzieren. Kein Land und keine Organisation können den erheblichen Herausforderungen der derzeitigen Sicherheitslage noch alleine begegnen. Mit dem Bericht zur Europäischen Verteidigungsunion sind gute Möglichkeiten erarbeitet worden, wie wir die militärische Zusammenarbeit oder auch die Rüstungskoooperation verbessern können, um die Sicherheit Europas zu gewährleisten. Das ist ein guter erster Schritt, doch nun muss die Umsetzung auch rasch erfolgen. Wir dürfen keine Zeit mehr verlieren."

1.3. Zum heute von vorgestellten Europäischen Verteidigungsaktionsplan der EU-Kommission vom 30.11.2016 sagt Michael Gahler (CDU), sicherheitspolitischer Sprecher der EVP-Fraktion:

„Der Verteidigungsaktionsplan umfasst viele richtige Dinge, aber wir haben keinen Mangel an Plänen, sondern ein eklatantes Umsetzungsdefizit.

Die Kommission wärmt altbekannte Themen auf, die seit dem EU-Verteidigungsgipfel 2013 bereits in der Umsetzung sind oder sein sollten. Statt die bekannte und geplante EU-Verteidigungsforschung in einem allgemeinen Dokument erneut vorzustellen, hat es die Kommission versäumt der Parlamentsforderung nachzukommen, eine spezifische Mitteilung über Art und Umfang des Programms vorzustellen.

Bislang unterließen es Kommission, Europäische Verteidigungsagentur und Mitgliedstaaten, den Vollzug der beschlossenen Maßnahmen der Jahre 2013 und 2015 zu melden. Wo sind das EU-weite System der Versorgungssicherheit, das Grünbuch über die Kontrolle der verteidigungsindustriellen Kapazitäten und die rechtsverbindliche Einführung von hybriden zivil-militärischen Standards?

Seit Jahren wissen wir, dass die europäische Verteidigungsindustrie eine strategische Industrie ist und sich wachsenden Herausforderungen stellt. Um das zu wiederholen, wäre kein Verteidigungsaktionsplan notwendig gewesen. Der Erhalt unserer wehrtechnischen Industrie wird nur über neue gemeinsame Rüstungsprogramme der Mitgliedstaaten gewährleistet. Einen EU Verteidigungsfonds einzurichten, wird von den möglichen Empfängern der Industrie angezweifelt. Bei aktuell billigen Marktzinsen sei die Kreditfinanzierung für Investitionen kein Problem, was vielmehr fehlt sind kooperative Rüstungsprogramme. Die aktuell stattfindenden Erhöhungen der nationalen Verteidigungsbudgets müssen genau dafür eingesetzt werden und nicht alte bestehende fragmentierte Marktbeziehungen zementieren.“

2. Europäische Kommission

Kein Beitrag

3. Rat der EU und Europäischer Rat

Kein Beitrag

4. Europäische Verteidigungsagentur (EDA)

4.1. Kurzmittelung Ergebnis der Sitzung des Lenkungsausschusses der EDA vom 15.11.2017

Am 15.11.2016 einigte sich der EDA Lenkungsausschuss im Format der Verteidigungsminister unter dem Vorsitz der Hohen Vertreterin (HV) Federica Mogherini auf eine Anhebung des Gesamthaushalts für 2017 um 1,6% auf € Mio 31,0. Ebenfalls beschlossen wurde eine Überarbeitung des Capability Development Plan (CDP), verbunden mit dem Auftrag für die EDA, eine Ausarbeitung der europäischen Prioritäten für den Bereich der militärischen Fähigkeitenentwicklung bis zum Frühjahr 2018 vorzulegen. Mit dem überarbeiteten CDP soll den Mitgliedsstaaten ein wichtiges Element der neuen EU Global Strategy (EUGS) an die Hand gegeben werden, das unter Berücksichtigung von F&T und industriespezifischen Gesichtspunkten auch nationalen

Planungsprozessen als Referenz dienen soll. Die Verteidigungsminister forderten die EDA auf, einen strukturierten Dialog mit der Industrie zu verfolgen, der neben Großunternehmen auch KMU und die national organisierten Verbände des Rüstungs- und Verteidigungssektors in den Mitgliedsstaaten umfasst. Der von der EDA vorgeschlagene gemeinsame Finanzierungsmechanismus („Cooperative Financial Mechanism“) soll nach der Vorstellung der Verteidigungsminister im Rahmen einer Arbeitsgruppe weiterentwickelt und im Frühjahr 2017 dem Lenkungsausschuss mit entsprechenden Empfehlungen zur Beratung vorgelegt werden.

4.2. EDA und EUROCONTROL starten eine enge Kooperation beim SESAR

In Übereinstimmung mit der ursprünglichen Vereinbarung aus 2013 wurden die Schritte der Zusammenarbeit dieser beiden Organisationen für die Jahre 2017-18 überarbeitet, um die Aufgaben, die sich aus dem SESAR 2020 Programm ergeben, bewältigen zu können.

Näheres unter:

<https://www.eda.europa.eu/info-hub/press-centre/latest-news/2016/11/17/eurocontrol-and-the-european-defence-agency-consolidate-their-cooperation>

5. NATO

5.1. Konferenz der Nationalen Rüstungsdirektoren (CNAD)

Am 03. November 2017 fand die 99. CNAD im NATO HQ statt. Zum 50-jährigen Jubiläum hatte es sich der Generalsekretär nicht nehmen lassen, die Konferenz persönlich zu eröffnen. Die Konferenz war zweigeteilt und wurde vom neuen ASG DI (siehe 5.2) geleitet. Vormittags fand sie im sogenannten IP-Format (Interoperability Platform) statt. Neben den NATO Bündnispartnern sind das weitere 25 Länder¹. Den Teilnehmern wurden die bisherigen Ergebnisse der CNAD Arbeit aus 2016 unter besonderer Berücksichtigung von Interoperabilität wie z. B. STANAGs und zur multinationalen Kooperationen vorgestellt. Daneben erfolgte ein Briefing zur Aspekten des Single European Sky und des Single European Sky Air Traffic Management Research Programme mit den wesentlichen Schnittstellen zur NATO (z. B. bei den AWACS Flugzeugen). Den Abschluss des Vormittags bildeten Vorträge von Serbien, Großbritanniens und der EDA zu Themen aus den Bereichen Rüstungskooperation, Innovationsstrategien und Fähigkeitsentwicklung.

Der Nachmittag fand im Format @28 plus Montenegro statt. Der Schwerpunkt wurde durch die Vorgaben der alten und neuen NATO DEFENCE PLANNING PRIORITIES und die laufenden Programme wie Ballistic Missile Defence, Alliance Future Surveillance and Control Capability, Joint Intelligence Surveillance and Reconnaissance sowie Alliance Ground Surveillance gebildet. Einen extra Tagesordnungspunkt wurde dem 50-jährigen Bestehen der NATO Industry Advisory Group gewidmet. Hier wurde ein Ausblick in die weitere Kooperation Industrie / NATO an Hand mehrerer Aktivitäten wie dem Framework for NATO – Industry Engagement und dem NATO Industry Forum gegeben.

Die nächste Konferenz der Nationalen Rüstungsdirektoren wird am 04 Mai 2017 bei der NATO Support and Procurement Agency in Capellen, Luxemburg stattfinden.

5.2. Personalien

Neue Stellvertretende Generalsekretärin ist seit Anfang Oktober 2016 Frau Rose Gottemoeller (USA).

Siehe auch: http://www.nato.int/cps/en/natohq/who_is_who_135934.htm

Der neue Beigeordnete Generalsekretär Defence Investment (ASG DI) Herr Camille Grand (FRA) trat am 04. Oktober 2016 seinen Dienst bei der NATO an.

Siehe auch: http://www.nato.int/cps/en/natohq/who_is_who_135548.htm

¹ Armenia, Australia, Austria, Azerbaijan, Bahrain, Bosnia and Herzegovina, Finland, Georgia, Ireland, Japan, Jordan, Kazakhstan, Republic of Korea, Republic of Moldova, Mongolia, Montenegro, Morocco, New Zealand, Serbia, Sweden, Switzerland, the former Yugoslav Republic of Macedonia, Tunisia, Ukraine, and the United Arab Emirates.

Das Referat IV (Ausrüstung, Informationstechnik und Nutzung) der Deutschen NATO Vertretung konnte am 03. Oktober 2016 Herrn Oberstleutnant i.G. Ingo Krüger als Nachfolger von Herrn Oberstleutnant i.G. Daniel Spieß begrüßen.

6. ASD

Kein Beitrag

7. Federation of European Defence Technology Associations

7.1. EURODEFENSE recently sent a report and recommendations to Mr. Juncker on several important matters regarding R&D for defence and the European Defence Technology and Industrial Base (EDTIB). Main intention is to reach a reasonable level of European autonomy in defence related technology.

Der Brief ist abrufbar unter:

<https://docs.google.com/viewer?a=v&pid=sites&srcid=ZmVkdGEuZXV8d3d3fGd4OjM1MDgyZDFiYzkzMGViMjE>

8. Termine und Veranstaltungen

Termine	Datum	Ort
Brüssel Beirat 1/17	7. März 2017	Konrad Adenauer Stiftung (KAS)
Brüssel Beirat 2/17	26. Juni 2017	KAS

Veranstaltungen	Datum	Ort
Brüsseler Gespräch 1/17	7. März 2017	KAS
Botschaftertreff 2017	26. Juni 2017	StäV
Brüsseler Gespräch 2/17	Tbd.	

Herausgeber:

DEUTSCHE GESELLSCHAFT
FÜR WEHRTECHNIK

e.V.(DWT) Hochstadenring
5053119 Bonn Verantwortlich
für den Inhalt: GenMaj a.D.

Wolfgang Döring,

Geschäftsführer der DWT e.V.

E-Mail: info@dwt-sqw.de Internet: www.dwt-sqw.de

Redaktion „DWT – info Brüssel“:

Oberst a.D. Dipl.-Ing. Axel Wilcke

Mitglieder DWT Beirat Brüssel

Die DWT – *info Brüssel* erscheint i.d.R. quartalsweise. Copyright © DWT e.V.

Die DWT – *info Brüssel* wird an alle Fördernden (FM) und Persönlichen Mitglieder (PM) der DWT versandt.

